

Jetzt stehen wir also schon wieder hier. Wir alle hätten was besseres zu tun. Einige vielleicht sogar Fußball gucken.

Geht aber nicht. Wir müssen dranbleiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass Versammlungen der AfD zur Normalität werden. Rechte Hetze und Rassismus sind nicht normal, sie sind verboten. Verboten? Ja! Das steht sogar im Grundgesetz, Artikel 139: „Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Und eine dieser Rechtsvorschriften lautet: „Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf hinausgeht, militärischen und nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern oder die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten.“ (Artikel 7 des Gesetzes Nr. 8 des Alliierten Kontrollrates vom 30. November 1945)

Nur leider ist dieses Verbot hier offensichtlich nicht durchgesetzt. Deswegen stehen wir hier, um unser Grundgesetz und unsere Demokratie zu verteidigen.

Heute hat sich die AfD gegenüber das Ziel gesetzt, „die ideologischen Projekte“ zu stoppen. Das hört sich doch interessant an: Die Politik der AfD steht zwar, wie wir alle wissen, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Aber sie hat ein festes ideologisches Fundament:

- Mit dem Slogan „Unser Land zuerst“ vertritt sie die Ideologie des Nationalismus.
- Sie hält wider alle wissenschaftliche Erkenntnis ideologisch verbissen an veralteten Technologien fest wie dem Verbrennungsmotor oder Atomkraftwerken – beides Technologien mit einem jämmerlichen Wirkungsgrad von 30 bis 40 %
- Sie hält an überkommen gesellschaftlichen Konstrukten fest und will diese mit Verboten zementieren.

Wenn die AfD jetzt den „Stopp der ideologischen Projekte“ fordert, müsste sie sich eigentlich selbst auflösen.

Da werden wir wohl lange warten können. Da müssen wir uns schon selber kümmern!

Referenten drüben sind Jochen Haug und Fabian Jacobi.

Der Herr Haug hatte als Kölner Kreissprecher zu verantworten, dass gestern der Kreisparteitag der Kölner AfD in einer Schule stattfand! Die Schule muss jetzt sicher sehr gründlich gelüftet werden, um den Mief von 1000 Jahren da wieder rauszukriegen. Natürlich gab es in Köln eine starke Gegenwehr: 4000 Leute haben vor der Schule gegen Rassismus demonstriert! Danke, Köln!

Und Herr Jacobi hat noch im November im Bundestag behauptet: „Die Europäische Union zerstört die Demokratien der Europäer“ – weil es ihm nicht passt, wenn die EU auf die Einhaltung der Menschenrechte in allen EU-Ländern pocht. Das ist für ihn Einheitsbrei. Wer beim Jubiläum des Grundgesetzes aufgepasst hat, weiß, dass dort die Unantastbarkeit der Würde des Menschen festgestellt wird – jedes Menschen, nicht nur

der Deutschen. Aber ich erwähnte ja schon, dass die AfD nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

Daran ändert auch das Ergebnis der Wahl vor 8 Tagen nichts. Die Feinde der Demokratie werden durch Wählerstimmen nicht legitimiert. Es bleibt dabei: Wir müssen weiter für die Demokratie eintreten. Heute hier und sehr lange noch an vielen Orten.

Und es wäre gut, wenn wir nicht alleine bleiben. Wenn die demokratischen Parteien klare Kante gegen die extreme Rechte zeigen. Und eben nicht auf deren Propaganda von einer „Migrationskrise“ hereinfallen und lediglich nach einem Weg suchen, diese angebliche Krise etwas weniger brutal anzugehen. Wie ernst es ist, zeigt sich jetzt bei der Wahl der neuen EU-Kommission: Es darf nicht sein, dass eine EU-Präsidentschaft Kompromisse mit den europäischen Rechtsextremen eingeht, um ins Amt zu kommen oder im Amt zu bleiben. Auch wenn sich die italienischen Postfaschisten und die französischen Nationalisten von der AfD abgrenzen – das müssen sie, wenn der AfD-Spitzenkandidat die SS verteidigt, denn wir wissen, welche Massaker die SS in Frankreich angerichtet hat - : Es bleiben Rechtsextreme und Rassisten, mit ihnen darf es keine Zusammenarbeit geben! Eine EU-Präsidentschaft, die mit den Stimmen der extremen Rechten in Amt gewählt wird, ist des Amtes nicht würdig. Wie ein anständiger Mensch sich verhält, das hat uns hier in Gummersbach in den 1980er Jahren ein CDU-Politiker vorgemacht: Als Hubert Sülzer mit den Stimmen der Rechtsextremen - Republikaner hießen sie damals - zum Bürgermeister gewählt worden war, sagte er: „Ich nehme die Wahl nicht an!“. Diesen Anstand wünsche ich auch denen, die sich für Ämter in Europa bewerben.

Und euch bitte ich: Lasst uns weiter aktiv bleiben! Mit Aktionen wie hier, mit Aufklärungskampagnen auch in den Stimmbezirken, in den die AfD extrem hohe Anteile erreicht hat, mit Ernsthaftigkeit und mit Spaß, mit Kultur – da wird für den 14. September ein tolles Festival vorbereitet von Kultur_Konter – im Kleinen und im Großen.

Gemeinsam müssen wir das schaffen!